Global denken – lokal handeln

Dr. Klaus Olshausen

November 2026

Zusammenfassung

Politik muss die Lage auf dem Globus für die eigenen Entwicklungen und Entscheidungen einschätzen und entsprechend agieren. Ein Ausgreifen auf den Globus muss den Interessen Deutschlands – und Europas dienen und dabei auf Grundlage regionaler Stabilität erfolgen oder für diese eintreten. Während für die USA China die wichtigste Herausforderung bleibt, muss Europa seine Freiheit gegen den kriegerischen Imperialismus Russlands verteidigen. Unter diesem Aspekt sind die vielfältigen Vorstellungen für ein „Ende des Krieges in der Ukraine" zu prüfen. Über eine Sicherheitsarchitektur Europas bei andauerndem Krieg Putins zu diskutieren, gibt Putin die Möglichkeit, seinen Angriff weiter fortzusetzen, ja zu verschärfen.

Wenn Amerika weiter für die Verteidigung Europas einsteht, sofern die Europäer die konventionelle Verteidigung weitgehend selbst aufbauen, dann folgt für alle Aktivitäten, um europäische Interessen in der Welt erfolgreich wahrzunehmen und die internationale Ordnung für Staaten und Menschen zu gestalten, als erste Aufgabe, Putins Krieg zu stoppen und die Sicherheit der freien Ukraine zu gewährleisten. Nur so kann das Europa der Charta von Paris 1990 „einig, frei und in Frieden" wiederhergestellt werden.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.

© Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung ISPSW

Giesebrechtstr. 9
10629 Berlin
Germany

Tel +49 (0)30 88 91 89 05
Fax +49 (0)30 88 91 89 06

E-Mail: info@ispsw.de
Website: http://www.ispsw.de

Analyse

Global denken – lokal handeln. Diese kurzgefasste Zuordnung bedeutet insbesondere, dass globales Denken und Agieren stabile regionale Handlungsstrukturen als Fundament benötigt.

Seit der letzten Oktoberwoche gab es eine Vielzahl von Ereignissen und politischen Entwicklungen, die für die Sicherheit Europas von Bedeutung sind oder sein können. Und in besonderem Maße galt das auch für die Berliner Sicherheitskonferenz 2026, auf der Russlands brutaler Angriffskrieg gegen die Ukraine mit dem Besuch und der eindrücklichen Rede von Präsident W. Selenskyj noch einmal in pointierter Weise erörtert und mit der starken Aufforderung zum konsequenten Handeln verbunden wurde.

Unter dem Aspekt der Humanität kann gewiss die endlich erreichte Hilfe und Evakuierung in der kleinen Stadt Oleschky an der Frontlinie gegenüber von Cherson genannt werden. Wer die Bilder der Anspannung und dann der erlösten Freude der Ukrainer sehen konnte, weiß, wie wichtig diese örtlich vereinbarten Schritte für die betroffenen Menschen sind. In welcher Weise die First Lady der USA und Papst Leo XIV. daran beteiligt waren, zeigt, dass der Einsatz von Persönlichkeiten auch im brutalen Krieg Russlands kleine, wichtige Schritte mit Putin erreichen kann. Und das ist gut!

Allerdings darf man annehmen, dass Putins Zustimmung auch dazu diente, bei Präsident Trump die Neigung für neue bilaterale Beziehungen zu stärken. Diese Bilder sind allerdings auch einzuordnen mit dem Auftritt und den Aussagen von Außenminister Sergei Lawrow beim G20-Treffen in Atlanta. Den Vorwürfen und dem Drängen auf einen bedingungslosen Waffenstillstand westlicher Außenminister trat er mit einem klaren Nein entgegen. Und er wiederholte zum x-ten Male, dass dies erst denkbar werde, wenn alle Forderungen und Ziele der „militärischen Spezialoperation“ erreicht oder anerkannt werden.

So bleibt vom G20-Treffen allein, dass andere Teilnehmer, auch Außenminister Wadephul, einerseits Lawrow Auge in Auge ihre Bewertung der russischen Kriegsverbrechen und andererseits ihre Forderung, die Aggression jetzt zu beenden, entgegengesetzt haben. Auch Versuche, ein erneutes „Getreideabkommen“ zu vereinbaren, prallten an ihm ab. Das lässt für angekündigte „technische“ Dreiergespräche in Dubai wenig erwarten.

Und unmittelbar nach seiner Wahlniederlage bei den Zwischenwahlen am 3. November verkündete Präsident Trump, er habe einen umfassenden „Friedensplan“, ein „big beautiful agreement“ nicht nur für den Krieg Russlands gegen die Ukraine, sondern gleich für ganz Europa. Sollten die von Trumps „Sonderberater“ Jared Kushner veröffentlichten Gespräche für eine „neue europäische Sicherheitsordnung“ als ein Element vor einem Stopp von Putins Krieg beginnen, erhält Putin ein weiteres Argument, seinen Angriff fortzusetzen bis eine Einigung erzielt darüber erzielt ist – welch eine Gefahr für die Ukraine und das (noch) freie Europa. Präsident Selenzkyj hat noch am selben Tag den „Finger in diese Wunde gelegt“.

In den letzten Oktobertagen reisten unser Bundespräsident und unser Bundeskanzler auf die andere Seite des Globus. Bundeskanzler Friedrich Merz führte politische und wirtschaftliche Gespräche in Singapur, Japan und Südkorea. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier besuchte die VRC – nicht Peking. Beide Besuche hatten jeweils eigene geopolitische, geoökonomische und geotechnologische Zielsetzungen. Sie sollten unterstreichen, dass Deutschland als wichtiges Mitglied der EU und der NATO in der VRC sowohl nationale Interessen vertritt, als auch Anforderungen der EU – und der transatlantischen Allianz voranbringen kann und will.

Aber während die USA parteiübergreifend China als vorrangige Herausforderung, ja sogar Bedrohung, bewerten – wie auch Robert Peters von der Heritage Foundation bei der Berliner Sicherheitskonferenz (BSC) 2026 am

© Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung ISPSW
Giesebrechtstr. 9
10629 Berlin
Germany
Tel +49 (0)30 88 91 89 05
Fax +49 (0)30 88 91 89 06
E-Mail: info@ispsw.de
Website: http://www.ispsw.de

4. November deutlich hervorgehoben hat – bleibt für Europa und manche Partner Russland auf unabsehbare Zeit die erste Bedrohung, die mit der brutalen Aggression gegen die Ukraine und Putins imperialen Zielen zur existenziellen Gefahr werden kann. Diese unterschiedlichen Orientierungen und Gewichte, bedeuten aber nicht, dass Amerika Europa aufgeben oder gar an Russland „ausliefern" will und kann, und verlangen von Europa, hinsichtlich der Spannungen und Auseinandersetzungen im Indo-Pazifik und nicht nur aus Gründen ökonomischer Diversifizierung eine angemessene politische Präsenz aufzubauen und zu gestalten.

Bei der BSC unterstrich US-NATO-Botschafter Matthew Whitaker auf eine direkte Frage, dass die USA dem Washingtoner Vertrag von 1949 insgesamt verpflichtet seien, und er hob besonders Artikel 5 und Artikel 4 hervor. Für Europa komme es jetzt darauf an, Artikel 3 in dem Umfang und der Qualität auszufüllen, wie es in den NATO-Gipfeln in Den Haag 2025 und Ankara 2026 vereinbart worden sei: Europa werde entscheidende Verantwortung für die konventionelle Verteidigung übernehmen. Das bedeute aber nicht, dass die USA ihre Truppen aus Europa abziehen. Der US-Kommandeur des 21st Theater Sustainment Command, Generalmajor Michael Lalor, betonte, dass die USA ihre Kräfte nach globalen Herausforderungen ordnen und deshalb Truppen in Europa durchaus für unterschiedliche Aufgaben eingesetzt werden und deshalb in entsprechendem Umfang in Europa stationiert bleiben.

Russlands brutaler Angriffskrieg gegen die Ukraine und sein hybrider, (noch) nicht konventioneller Krieg gegen den freien Westen gefährden das geopolitische, ökonomische und freiheitliche regionale Fundament, das erforderlich bleibt, um europäische Interessen in der Welt erfolgreich wahrzunehmen und die internationale Ordnung für alle Staaten und ihre Menschen zu gestalten und zu stärken. Deshalb gilt „first things first": Putins Krieg stoppen, die Sicherheit der freien Ukraine garantieren und so die Chance erhalten, für das Europa der Charta von Paris einig, frei und in Frieden (wieder)herzustellen.

***

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.



Klaus Olshausen

© Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung ISPSW

Giesebrechtstr. 9
10629 Berlin
Germany

Tel +49 (0)30 88 91 89 05
Fax +49 (0)30 88 91 89 06

E-Mail: info@ispsw.de
Website: http://www.ispsw.de